
Sozialindikatoren NRW – aktuelle Entwicklungen

Sozialberichte NRW online stellt ein Set an Indikatoren zur Verfügung, das die Grundlage für einen zeitnahen Überblick über die soziale Lage in Nordrhein-Westfalen liefert (vgl. www.sozialberichte.nrw.de/indikatoren/). Zur Verstetigung der Sozialberichterstattung gehört es, diese Indikatoren regelmäßig zu aktualisieren.

Die aktualisierten Indikatoren zeigen für das Jahr 2011 eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine Belebung des Arbeitsmarkts. Sowohl die Zahl der Erwerbslosen als auch der Personen mit Bezug von SGB-II-Leistungen ist gesunken. Dennoch ist der Anteil derer, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind, gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Niedrigeinkommensbezieher/-innen nur in unterdurchschnittlichem Maße von der Einkommensentwicklung profitieren konnten. Des Weiteren gibt die Kurzanalyse Auskunft zur Entwicklung der Löhne, der Zahl der Verbraucherinsolvenzen und zur Lage der öffentlichen Haushalte.

Die Sozialindikatoren im Detail:

Positive wirtschaftliche Entwicklung

Der im Jahr 2010 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung setzte sich auch 2011 fort: Im Jahr 2011 ist das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt und verkettet) gegenüber dem Vorjahr um +2,6 % gewachsen¹⁾. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung ist auch die Zahl der Erwerbstätigen weiter gestiegen (+1,4 %) und lag 2011 bei 8,81 Millionen. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Anstieg noch deutlicher aus (+2,5 % gegenüber dem Vorjahr) als bei den Erwerbstätigen insgesamt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im Juni 2011 bei 5,96 Millionen (vgl. Indikator 1.4).

Auch das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen ist 2011 weiter gewachsen (+2,0 % gegenüber dem Vorjahr). Im Produzierenden Gewerbe fiel der Anstieg mit 3,1 % überdurchschnittlich aus, jedoch wurde das Niveau von 2008, dem Jahr vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, noch nicht wieder erreicht²⁾.

Entspannung am Arbeitsmarkt

Die positive wirtschaftliche Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Erwerbslosenquote ist 2011 weiter zurückgegangen und lag mit 6,5 % so niedrig wie zuletzt in den wirtschaftlichen Boomjahren 2000 und 2001 (vgl. Indikator 11.3)³⁾. Von der Entspannung am Arbeitsmarkt haben vor allem Erwerbslose mit einer kurzen Dauer der Arbeitssuche profitiert: Die Zahl der Erwerbslosen, bei denen die Arbeitssuche weniger als 12 Monate dauerte, ging von 2010 auf 2011 um 15,2 % zurück. Auch die Zahl der Langzeiterwerbslosen, bei denen die Arbeitssuche bereits ein Jahr oder länger andauerte, ist gesunken, der Rückgang fiel aber weniger deutlich aus (-8,6 %). Dementsprechend ist der Anteil der Langzeiter-

1) Vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/. Aufgrund der Revision der VGR der Länder 2011, die in erster Linie der Umstellung auf die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige dient, lagen zum Zeitpunkt der Endredaktion nur Werte für die Jahre 2008 bis 2011 vor. Eine Aktualisierung der Indikatoren, die auf der VGR der Länder beruhen, in Sozialberichte NRW online erfolgt erst dann, wenn die Revision der Zeitreihe rückwirkend bis zum Jahr 2000 abgeschlossen ist. – 2) Vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/. – 3) Zu beachten ist, dass aufgrund von Änderungen im Fragebogen des Mikrozensus 2011, die auf eine Verbesserung der Umsetzung des Labour-Force-Konzepts der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zielen, die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist. Der Rückgang der Erwerbslosenquote bzw. der Zahl der Erwerbslosen von 2010 auf 2011 dürfte etwas überzeichnet sein (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: Methodeninformation. Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung: Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit ab dem Jahr 2011. Wiesbaden).

werbslosen an den Erwerbslosen insgesamt gestiegen: 2011 lag er bei 52,2 % (2010: 50,5 %) (vgl. Indikator 11.4).

Auch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt für 2011 einen Rückgang der Arbeitslosenquote⁴⁾ (von 8,1 % im Dezember 2010 auf 7,6 % im Dezember 2011). Im Juni 2012 lag die Arbeitslosenquote mit 8,0 % auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahresmonat. Innerhalb Nordrhein-Westfalens zeigen sich starke regionale Unterschiede. Die Arbeitslosenquoten variierten im Dezember 2011 zwischen 14,0 % in Gelsenkirchen und 2,9 % im Kreis Coesfeld (vgl. Indikator 1.7).

Anstieg der Bruttostundenlöhne auf dem Niveau des Preisanstiegs

Für die Mehrzahl der privaten Haushalte stellen die Einkünfte aus abhängiger Erwerbstätigkeit die wichtigste Einnahmequelle dar. Der nordrhein-westfälische Durchschnittsverdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in) ist von 2010 auf 2011 um 3,0 % gestiegen und damit stärker als in den vorangegangenen Jahren (2009: +/-0,0 %; 2010: +1,9 %). Auch die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde sind nach einem leichten Rückgang im Jahr 2010 (-0,1 %) in 2011 im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegen (+2,3 %). Dieser Anstieg lag auf dem Niveau des Preisanstiegs im Jahr 2011 (+2,2 %⁵⁾). Die preisbereinigten Bruttostundenlöhne haben sich dementsprechend nur minimal verändert (+0,1%).

Im Jahr 2011 lag der durchschnittliche nominale Bruttostundenverdienst mit 26,74 Euro im Produzierenden Gewerbe um 1,9 % über dem Vorjahreswert. Im Dienstleistungssektor verdienten die Arbeitnehmer/-innen im Durchschnitt pro Stunde mit 21,70 Euro deutlich weniger. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr betrug hier 2,4 %⁶⁾.

Mindestsicherungsquote leicht rückläufig

Zum Jahresende 2011 waren in Nordrhein-Westfalen rund 1,84 Millionen Menschen und damit gut jede zehnte Person auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Zu den Mindestsicherungsleistungen zählen in der nordrhein-westfälischen Sozialberichterstattung:

- SGB-II-Leistungen: Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) „Grundsicherung für Arbeitsuchende“,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) „Sozialhilfe“,
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII und
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Jahr 2011 lag die Zahl der Personen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen um rund 48.000 niedriger als im Vorjahr. Die Mindestsicherungsquote⁷⁾ ist von 10,6 % (zum Jahresende 2010) auf 10,3 % (zum Jahresende 2011) gesunken und liegt damit wieder fast auf dem Niveau vom Jahresende 2008 (10,2 %), bevor die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar wurden.

Gesunken ist ausschließlich die Zahl der SGB-II-Empfänger/-innen (-4,0 %), die mit 84,8 % mit Abstand die größte Gruppe unter den Mindestsicherungsempfänger/-innen stellen. Im

4) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – 5) Vgl. Verbraucherpreisindex für NRW: http://www.it.nrw.de/statistik/q/daten/eckdaten/r323preisindex_aph.html. – 6) Vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/. – 7) Die Mindestsicherungsquote gibt den prozentualen Anteil der Bezieher/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Bevölkerung wieder.

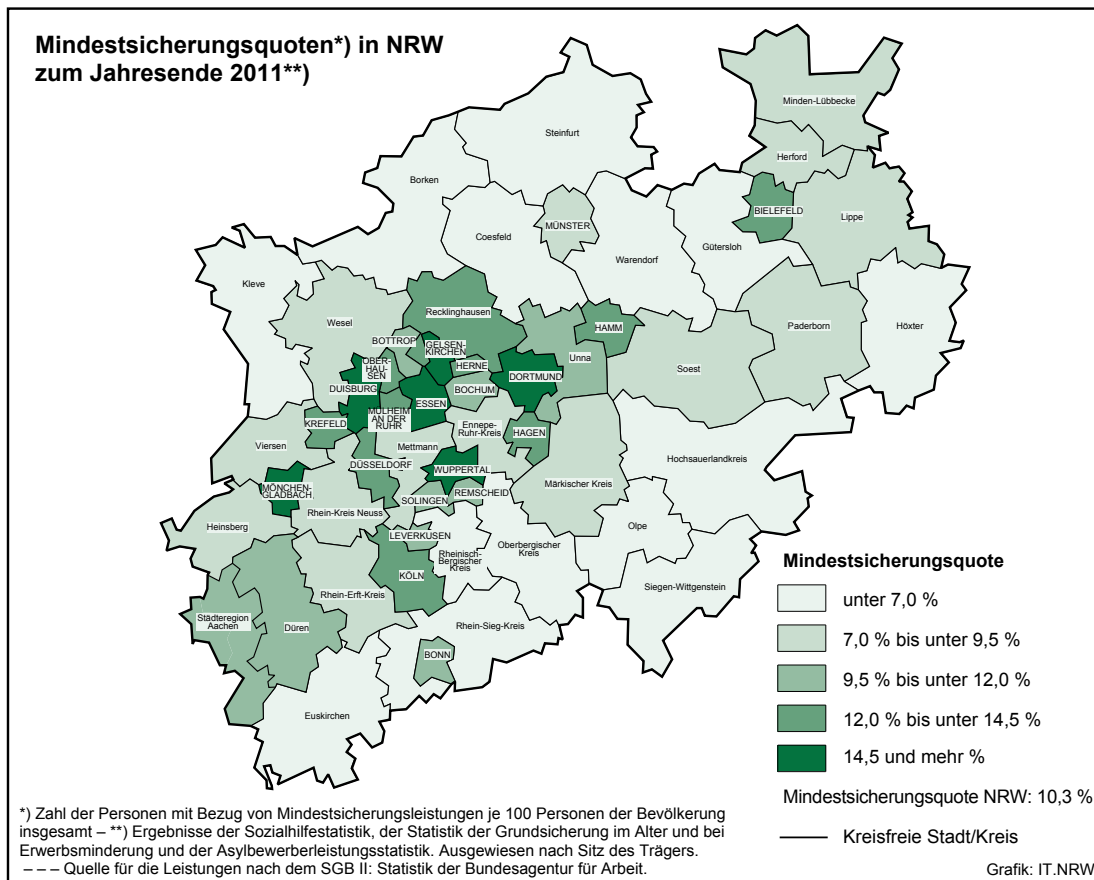
Dezember 2011 bezogen 1,56 Millionen Menschen SGB-II-Leistungen. Das waren rund 64.000 weniger als im Dezember 2010 (vgl. Indikator 7.4).

Im Dezember 2011 betrug die SGB-II-Quote⁸⁾ 11,0 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,4 Prozentpunkte gesunken (Dezember 2010: 11,4; vgl. Indikator 7.6). Die SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen ist noch deutlicher um 0,8 Prozentpunkte gesunken, liegt aber mit 17,3 % im Dezember 2011 (Dezember 2010: 18,1 %) nach wie vor erheblich über dem Durchschnitt (vgl. Indikator 7.7).

Bei allen anderen Mindestsicherungsleistungen ist die Zahl der Empfänger/-innen gestiegen. Ende 2011 bezogen rund 214.000 Personen Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+5,0 % im Vergleich zum Vorjahr), rund 41.000 Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (+13,0 % im Vergleich zum Vorjahr) und rund 26.000 Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (+5,4 % im Vergleich zum Vorjahr; vgl. Indikator 7.4).

Mindestsicherungsquote regional sehr unterschiedlich

Regional variieren die Mindestsicherungsquoten in Nordrhein-Westfalen nach wie vor sehr deutlich. Die Spanne reichte zum Jahresende 2011 von 4,7 % im Kreis Coesfeld bis 19,0 % in Gelsenkirchen.



In der Mehrzahl der Kreise und kreisfreien Städte waren die Mindestsicherungsquoten im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Der deutlichste Rückgang war mit -0,7 Prozentpunkten in

8) Die SGB-II-Quote gibt den prozentualen Anteil der Bezieher/-innen von SGB-II-Leistungen an der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren wieder.

der kreisfreien Stadt Hagen zu verzeichnen (von 14,5 % Ende 2010 auf 13,8 % Ende 2011). Entgegen dem Landestrend leicht gestiegen sind die Mindestsicherungsquoten dagegen in den kreisfreien Städten Oberhausen (von 14,2 % auf 14,3 %), Krefeld (von 13,3 % auf 13,4 %) und Leverkusen (von 10,2 % auf 10,6 %) sowie auf deutlich unterdurchschnittlichem Niveau im Kreis Kleve (von 6,5 % auf 6,6 %). Unverändert und auf überdurchschnittlichem Niveau blieben die Mindestsicherungsquoten in Gelsenkirchen (19,0 %), Mülheim an der Ruhr (12,4 %) und Bochum (11,8 %; vgl. Indikator 7.5).

Armutsrisikoquote gestiegen

Die Armutsrisikoquote⁹⁾ lag 2011 in Nordrhein-Westfalen bei 15,8 %. Der Anteil derer, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind, ist damit im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2010: 14,7 %) (vgl. Indikator 7.3). Diese Entwicklung liegt im westdeutschen Trend. Allerdings fällt der Anstieg der Armutsrisikoquote in Westdeutschland (ohne Berlin) etwas geringer aus (von 14,7 % im Jahr 2010 auf 15,4 % im Jahr 2011¹⁰⁾).¹¹⁾

Im Jahr 2011 galt in Nordrhein-Westfalen als einkommensarm, wer über ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von monatlich weniger als 833 Euro (= 60 % des mittleren Einkommens in Nordrhein-Westfalen) verfügte. Personen in Einpersonenhaushalten sind armutsgefährdet, wenn ihr Haushaltsnettoeinkommen unter dieser Schwelle liegt. Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von unter 14 Jahren gelten als einkommensarm, wenn das Haushaltsnettoeinkommen unter 1.749 Euro im Monat liegt.

Dass trotz positiver Entwicklungen am Arbeitsmarkt die Armutsrisikoquote gestiegen ist, lässt sich darauf zurückführen, dass Niedrigeinkommensbezieher/-innen von der Einkommensentwicklung nur in unterdurchschnittlichem Maße profitiert haben (vgl. Indikator 7.1). So ist z. B. die Armutsgefährdung der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen weiter gestiegen: Im Jahr 2010 lag bei 65,9 % der Personen aus Haushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen das Einkommen unter der Armutsrisikoschwelle, 2011 bei 70,4 %.¹²⁾

Besonders deutlich ist das Armutsrisiko bei den Bevölkerungsgruppen gestiegen, die ohnehin ein überdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen:

Im Jahr 2011 lag die Armutsrisikoquote

- von Erwerbslosen bei 58,7 % (2010 bei 51,7 %),
- von Alleinerziehenden¹³⁾ und ihren Kindern bei 41,7 % (2010 bei 37,6 %),
- von Personen aus Haushalten von Geringqualifizierten¹⁴⁾ bei 39,0 % (2010 bei 36,2 %) und
- von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei 36,6 % (2010 bei 34,4 %).

9) Die Armutsrisikoquote gibt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle an der Bevölkerung ist. Die Armutsrisikoschwelle ist derjenige Einkommenswert, unterhalb dessen von Einkommensarmut ausgegangen wird. Mit dem Sozialbericht NRW 2012 wurde das Verfahren zur Ermittlung der Armutsrisikoschwelle an den EU-Standard angepasst. Danach liegt die Armutsrisikoschwelle bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Zur Ermittlung der Äquivalenzeinkommen wird die neue OECD-Skala verwendet (vgl. Indikator 7.3). – 10) Auf Basis des westdeutschen Medians, vgl. Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA1217west_land.html. – 11) Bemühungen um eine Reduktion der Antwortausfälle bei den Einkommensangaben im Berichtsjahr 2011 waren in Nordrhein-Westfalen vor allem bei Niedrigeinkommensbezieher/-innen (bzw. bei Bevölkerungsgruppen mit überdurchschnittlicher Armutsgefährdung) erfolgreich. Durch diese Verbesserung der Datenqualität dürfte der Anstieg der Armutsrisikoquote in Nordrhein-Westfalen etwas überzeichnet sein. – 12) Zum Verhältnis von relativer Einkommensarmut und dem Bezug von Mindestsicherungsleistungen vgl. MAIS 2012: Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf, 95ff. – 13) mit Kind(ern) im Alter von unter 18 Jahren – 14) Das sind Haushalte, in denen die Person mit dem höchsten Einkommen eine geringe Qualifikation (kein Abschluss der Sekundarstufe II) aufweist.

Auch die Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen im Alter von unter 18 Jahren und von jungen Erwachsenen ist überdurchschnittlich gestiegen. Im Jahr 2011 lebte mehr als jede/r fünfte Minderjährige (2011: 21,6 %; 2010: 19,9 %) und knapp jede vierte Person im Alter von 18 bis unter 25 Jahren (2011: 24,5 %; 2010: 22,5 %) in einem einkommensarmen Haushalt (vgl. Indikator 7.3).

Zahl der beantragten Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2012 erneut gestiegen

Eine beantragte Verbraucherinsolvenz ist ein hartes Indiz für das Vorliegen einer Überschuldungssituation. 2011 wurden insgesamt 25.322 Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt. Das waren 3,8 % weniger als im Vorjahr (2010: 26.329; vgl. Indikator 6.1). Im ersten Quartal 2012 lag die Zahl der Verbraucherinsolvenzen mit 6.662 Fällen wieder um 2,3 % über dem Ergebnis des ersten Quartals 2011 (damals: 6.512 Fälle).

Öffentliche Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist eine wesentliche Rahmenbedingung für den Spielraum sozialpolitischen Handelns. Im Jahr 2011 sind die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen auf 41,1 Milliarden Euro gestiegen (+8,1 % im Vergleich zum Vorjahr). Dazu hat insbesondere die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen. So haben sich allein die Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 13,2 Milliarden (+9,3 %) erhöht (vgl. Indikator 3.1).

Insgesamt sind die bereinigten Gesamteinnahmen um +8,1 % auf 52,8 Milliarden Euro angewachsen. Die bereinigten Gesamtausgaben sind ebenfalls gestiegen. Ihr Anstieg fiel mit +3,9 % allerdings weniger deutlich aus als der bei den bereinigten Gesamteinnahmen. Die Gesamtausgaben von 55,8 Milliarden Euro überstiegen 2011 die Gesamteinnahmen um 2,9 Milliarden Euro (vgl. Indikator 3.2). Die Kreditmarktschulden des Landes NRW betragen 2011 127,4 Milliarden Euro und erhöhten sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 % (vgl. Indikator 3.3).

Die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen lassen sich unter anderem am kontinuierlichen Anwachsen der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) der Gemeinden und Gemeindeverbände ablesen. 2011 waren diese mit 22,2 Milliarden Euro um 9,9 % höher als im Vorjahr (vgl. Indikator 3.5). Dabei sind die Unterschiede in der Belastung durch Liquiditätskredite zwischen den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen beträchtlich (vgl. Indikator 3.7).

Die Sozialindikatoren können abgerufen werden unter <http://www.sozialberichte.nrw.de/indikatoren/>

Düsseldorf, den 05.09.2012
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

Im Auftrag des
Ministeriums für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

